76. Jahrgang. Nr. 226 Sonnabend, 14. Mai 1932

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden
Fernsprecher-Sammelnummer: 25 241
Nur für Nachtgespräche: Nr. 20011
Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42

Bezugspreise bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3.20 Mk. (einschließlich 70 Pfg. für Trägerlohn), durch Postbezug 3.20 Mk. einschließlich 66 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 7 maliger wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pfg., außerhalb Sachsens 15 Pfg. Anzeigenpreise: Die einspaltige 80 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. abz. Ausgleichsschlag lt. Tarif. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg. Offertengebühr 50 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Druck u. Verlag: Sleyich & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1068 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Abrüstungsdebatte im Unterhaus

Enttäuschende Reden Simons und Churchills

London, 13. Mai. Die heutige Unterhausdebatte über die Abrüstungskonferenz wurde von Sir John Simon mit einer längeren Rede eröffnet, in der er mit Nachdruck betonte, daß die Abhaltung einer Abrüstungskonferenz ausdrücklich in den in Versailles unterzeichneten Pakten vorgeschrieben ist. Simon zitierte die Stelle des Versailler Vertrages: „Um die Einleitung einer allgemeinen Rüstungsbeschränkung aller Nationen möglich zu machen, verpflichtet sich Deutschland, die militärischen Flotten- und Luftbestimmungen des Vertrages zu beobachten."

Simon erklärte, daraus gehe ganz klar hervor, daß der Vertrag von Versailles selbst die Einleitung einer allgemeinen Beschränkung der Rüstungen, die allgemein angewandt werden soll, in Aussicht nahm.

Außerdem beständen die Artikel der Völkerbundssatzung auf demselben Verfahren. Schließlich erkläre das Protokoll der Locarnokonferenz, daß die Unterzeichner der Auffassung sind, daß die Abrüstung die Sicherheit in Europa verstärken würde.

Sir John Simon ging dann auf

die verschiedenen Methoden der Rüstungsbeschränkung

ein, und zwar auf die quantitative, die qualitative und die von England und einigen anderen „sehr wichtigen Staaten" geforderte kombinierte Methode. Was die qualitative Abrüstung anlange, so sei es schwierig, zwischen den Begriffen „Offensivwaffen" und „Defensivwaffen" scharf zu unterscheiden. Wenn aber jemand die qualitative Abrüstung als „völligen Unsinn" bezeichnet, so müsse er auf Teil V des Versailler Vertrages hingewiesen werden, in dem Deutschland bestimmte Waffen verboten, andere hingegen gestattet seien. Die Waffen, die damals für Deutschland verboten worden sind, seien doch aus dem Grunde verboten worden, weil sie unter Umständen zu Offensiven verwendet werden könnten. Simon gab der Hoffnung Ausdruck für eine Kombinierung der qualitativen mit der quantitativen Abrüstung. Diese Kombinierung würde in Genf von den meisten Großmächten, darunter auch den Vereinigten Staaten und Italien, vertreten. Es handle sich, erklärte Simon weiter, nicht um eine technische, sondern um eine eminent politische Frage. Deutschland habe in Genf in Rüstungsfragen die Gleichberechtigung verlangt. Das sei ein Problem, das hinsichtlich seiner politischen Seite mit der größten Sorgfalt werde erwogen werden müssen. Es handle sich in erster Linie nicht um eine Frage des Umfanges der deutschen Rüstungen, sondern es handle sich darum,

auf welcher Grundlage und auf Grund welchen Prinzips die deutsche Rüstungsbeschränkung in Zukunft basiert werden solle.

Ebenso sorgfältig müßte der französische Vorschlag geprüft werden. Nach Pfingsten, wenn die Erörterungen in Genf wieder aufgenommen würden, böten die im französischen Memorandum enthaltenen beiden Vorschläge eine äußerst ernste und strittige Schwierigkeit. Was den Vorschlag einer internationalen Streitkraft betreffe, so scheine es ihm, daß eine internationale Streitkraft schließlich „einen internationalen Befehlshaber, einen internationalen Generalstab und ein internationales Kabinett" bedeuten würde. Die Frage, welche Auffassung man von der

Zukunft des Völkerbundes

habe, sei sehr wichtig. Denke man sich die Entwicklung des Völkerbundes so, daß er eine internationale Polizeistreitkraft werden solle? Oder so, daß er in anderer Richtung, in Stärke und Autorität, wachse und die Verkörperung und der Ausdruck eines immer mächtiger werdenden Organs, des Organs der Weltmeinung werde?

Nach Simon ergriff der Führer der Opposition, Lansbury, das Wort. Er wies auf den Widerspruch zwischen den auf der ersten Versammlung der Friedenskonferenz gehaltenen Reden über die „neue Aera internationaler Beziehungen" und das „Zusammenwirken zwischen großen und kleinen Nationen zur Sicherung des Weltfriedens" und den jetzt, vierzehn Jahre danach, noch stattfindenden Auseinandersetzungen hin. Er nannte

Simons Rede eine der enttäuschendsten,

die er je gehört habe. Simon habe es reichlich klar gemacht, daß riesige Schwierigkeiten vorhanden seien. Lansbury gab seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß die Frage der Abrüstung und des Weltfriedens durch Erörterungen über Rüstungsbeschränkung nicht geregelt werden könne.

Die Unterhausdebatte über die Abrüstung schloß mit einer

befremdenden Rede Churchills.

Dieser erklärte, es gebe im gegenwärtigen Augenblick zahlreiche Quellen politischer und wirtschaftlicher Gefahren und **er würde es bedauern, wenn irgendeine Annäherung militärischer Art zwischen Frankreich und Deutschland auf einem Fuße der Gleichberechtigung, soweit Rüstungen in Betracht kämen, stattfinden würde.** Obgleich er selbst gern die Grundlagen des europäischen Friedens auf einer moralischen Basis ruhen sehen würde, so sei er doch sehr dafür, daß die augenblickliche Grundlage nicht gestört werde, bis etwas Befriedigenderes an ihre Stelle gesetzt werden könne.

Das deutsche Nein

Der Reichskanzler hat in seiner großen außenpolitischen Rede im Reichstag in Gegenwart der ausländischen Diplomaten in erfreulich eindrucksvollen Formulierungen dargelegt, daß Deutschland weder jetzt, noch in einigen Jahren Tribute, auch keine sogenannten Rest- oder Abschlagszahlungen, leisten wird. Die Begründung dafür liegt in der klaren Einsicht, daß nur eine völlige Streichung aller politischen Schulden Rettung aus der gegenwärtigen Not aller Völker und die Voraussetzung für den Wiederaufstieg aller sein kann. In knappen Worten hat der Kanzler wiederholt, daß ein Fehlschlag der Lausanner Konferenz die Krise so sehr verschärfen müßte, daß dann ein Ausweg wahrscheinlich nicht mehr zu finden wäre. Brüning hat sich damit noch einmal und unter ausdrücklicher Hervorhebung seiner Erklärung vor dem Wolffschen Telegraphenbüro vom 9. Januar 1932 zu der deutschen Stellungnahme in der Tributfrage bekannt, die damals als das deutsche Nein in aller Welt ungeheures Aufsehen erregte. Damit hat der Kanzler so eindeutig jedes Kompromiß für Lausanne verworfen, und jede Brücke hinter sich zu irgendeiner Halbheit abgebrochen, daß es für ihn nur ein Entweder-Oder im Juni geben kann. Er weiß, daß er in diesem Kampfe alle Deutsche hinter sich hat, auch diejenigen, die seine Innen- und Wirtschaftspolitik nach wie vor auf das schärfste ablehnen. Ja, noch mehr, nicht nur alle Deutschen, alle Einsichtigen der Welt schauen heute auf Deutschland und erwarten, daß der Kanzler stark bleibt und an dem Nein unerschütterlich festhält, das allein nicht nur uns, sondern der ganzen Welt endlich wieder Frieden und allgemeinen Wohlstand bringen soll, gemäß den nur zu richtigen Worten Brünings, daß die Streichung der politischen Schulden für jedes Volk vermehrten Wohlstand bedeuten wird. Deutschland kämpft nicht nur für seine eigenen Interessen, es kämpft diesmal für das Wohl der ganzen Welt und darf erwarten, daß alle Einsichtigen der ganzen Welt sich auf seine Seite stellen. Viele haben es schon getan: italienische, amerikanische und englische Politiker, noch zuletzt einer der Väter des Versailler Vertrages, Lloyd George.

So steht tatsächlich fest: Inmitten ungeheurer Sorgen und Nöte bietet sich Deutschland in Lausanne die größte Chance seit zwölf Jahren. Unsere französischen Gegner rechnen vielleicht noch zur Stunde damit, daß aus dem deutschen Nein, wie sooft seit des unseligen Erzbergers Zeiten, ein leises Ja werden möchte. Brüning hat die Versicherung abgegeben, daß, komme, was auch immer kommen möge, der Endspurt unbedingt bis zum Ziel durchgehalten werde. Daran soll nicht gerüttelt werden. Denn denjenigen, die in Paris so spekulieren, sei gesagt: Es gibt im Leben eines jeden Volkes Augenblicke, wo es ohne Rücksicht auf der Stirnrunzeln oder die Drohungen eines Nachbarn nein sagen muß und sich nicht beugen darf. Dieser Augenblick ist dann da, wenn jahrelange, schier unmenschliche Leiden und Opfer den Beweis der Unmöglichkeit einer Zumutung erbracht haben. Deutschland hat alles versucht. Wir haben die Probezeit der Dawes- und der Youngplanzahlungen auf uns genommen. Eine neue Probezeit kann Deutschland nicht mehr über sich ergehen lassen. Die Zeit drängt nach wahrer Lösung. Zu Kompromissen ist es zu spät.

Es kann an diesem Standpunkt, der die Entscheidung bringen muß, für unser Volk nur gut sein, wenn es den bisher zurückgelegten Kreuzweg seines nationalen Leides, der schließlich zum Chaos für die ganze Welt geworden ist, noch einmal vor seinem geistigen Auge vorüberziehen läßt, um daraus sich in allen Einzelheiten die absolute Berechtigung seines Neins so zu vergegenwärtigen, daß kein gegnerischer Versuch uns, sei es auch nur in einer Kleinigkeit, zur Nachgiebigkeit veranlassen könnte. Einen solchen Versuch der Rückschau und Ausschau hat der bekannte Anwalt des internationalen Rechts in Deutschland, Professor Dr. Friedrich Grimm, unternommen, ein Mann, der sich namentlich dadurch ein großes Verdienst um die deutsche Sache erworben hat, daß er fast alle Opfer der französischen Militärjustiz aus der Zeit der Rheinlandbesetzung und des Ruhreinfalls vor den welschen Gerichten verteidigte und durch seine Kenntnis und sein unerschrockenes, zähes Eintreten manchen deutschen Patrioten vor dem Aeußersten bewahren konnte. Er ist bei dieser Tätigkeit mit zahlreichen führenden französischen Persönlichkeiten zusammengekommen und hat selbst vor Poincaré Gelegenheit gehabt, den deutschen Standpunkt zu vertreten. Da gerade die genaue Kenntnis der französischen Psyche für jede tributpolitische Auseinandersetzung von großem Werte ist, darf dies knappe Werkchen Grimms, das diese Seite besonders berücksichtigt, jetzt vor Lausanne die Aufmerksamkeit weitester deutscher Kreise beanspruchen.*)

Grimm macht darauf aufmerksam, daß die Lausanner Konferenz die 35. Zusammenkunft der Staatsmänner sein wird, die sich seit Versailles mit dem beängstigenden Problem der Tribute befaßt. Diese Tatsache

*) „Das deutsche Nein." Schluß mit der Reparation. Ein letzter Appell von Professor Dr. Fr. Grimm, Rechtsanwalt in Essen. Hanseatische Verlagsanstalt, Hamburg.

Führerbesprechung der Nationalsozialisten

Die nächsten Schritte

Berlin, 13. Mai. In der Aeltestenratssitzung am Donnerstagabend spielte auch das vor kurzem ergangene Urteil des Staatsgerichtshofes eine Rolle, durch das der Minderheit des Preußischen Landtages das Recht zugesprochen worden ist, die Einberufung des Landtages auch während einer Tagungspause zu erzwingen. Die Nationalsozialisten forderten, gestützt auf dieses Urteil und auf Artikel 24 der Reichsverfassung, die Einberufung des Reichstages schon auf Verlangen von einem Drittel der Abgeordneten. Staatssekretär Zweigert vom Reichsinnenministerium, Präsident Löbe, Vizepräsident Esser und die Vertreter der Mehrheitsparteien blieben jedoch bei der Auffassung, daß die bisherige Praxis des Reichstages unanfechtbar sei, wonach bei einfachen Vertagungen des Reichstages die Einberufung der nächsten Sitzung dem Präsidenten in Uebereinstimmung mit Regierung und Mehrheit der Parteien überlassen werden kann.

Die Führer der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion haben sich im Laufe der Nacht nach München begeben, wo heute eine

Besprechung über die letzten parlamentarischen Vorgänge mit Adolf Hitler

stattfindet. Von der Führerbesprechung in München hängen die weiteren Schritte ab, die die Nationalsozialisten unternehmen werden. In nationalsozialistischen Kreisen erwartet man, daß der erste Schritt ein Strafantrag gegen den Polizeivizepräsidenten Dr. Weiß sein wird.

Nachdem der nationalsozialistische Antrag, einen festen Termin für die nächste Reichstagssitzung, und zwar noch vor dem 6. Juni festzusetzen, gestern abend im Aeltestenrat abgelehnt worden ist, werden die Nationalsozialisten voraussichtlich darauf verzichten, noch einmal einen Antrag auf Einberufung des Aeltestenrates oder des Reichstages zu stellen. Das Ergebnis der heutigen Münchner Besprechung wird wohl das sein, daß sofort

Klage beim Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich

erhoben wird, um ein ähnliches Urteil wie das gegen Preußen auch für das Reich zu erstreiten. Ein solches Urteil könnte jedoch, selbst wenn es für die Nationalsozialisten günstig ausfiele, kaum vor dem 6. Juni ergehen.

Ueber die gestern abend noch eingebrachten Beschwerden der Nationalsozialisten gegen die geschäftsordnungsmäßigen Maßnahmen des Präsidenten Löbe wird also erst im Juni vom Plenum entschieden werden können. Bei der Erregung, die auf beiden Seiten, namentlich bei den Nationalsozialisten und Sozialdemokraten herrscht, muß man es als ausgeschlossen betrachten, daß bis zum 6. Juni eine Beruhigung der Gemüter eingetreten ist und eine ordnungsmäßige Behandlung dieser Dinge möglich wird. Man hegt sogar Befürchtungen für den Verlauf der nach Pfingsten beginnenden Ausschußverhandlungen.

Kabinettsergänzung erst nach Pfingsten

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 13. Mai. Das Reichskabinett hielt am Freitag Sitzungen ab, die der Fertigstellung des Etats dienten, daneben aber auch den Rahmen für die Erörterung der durch die Vorgänge des Donnerstags geschaffenen innerpolitischen Lage gaben. Diese Erörterungen trugen einen ganz allgemeinen Charakter. Bestimmte Beschlüsse nach irgendeiner Richtung hin wurden weder gefaßt noch vorbereitet.

Das gilt auch für die Neubesetzung der in der letzten Zeit freigewordenen Ministerposten.

Es heißt zwar, daß der Reichskanzler beabsichtige, in den Tagen nach dem Pfingstfest die Entscheidung über die provisorische oder endgültige Besetzung des Reichswehrministeriums, die Neubestätigung des Ministers Groener im Innenministerium und die Neubesetzung des Reichswirtschaftsministeriums mit dem Reichspräsidenten zu erörtern, gegebenenfalls in Neudeck, wo der Reichspräsident bis Donnerstag nach Pfingsten verbleiben wird, doch sind hier noch keine festen Beschlüsse gefaßt. An den amtlichen Stellen wird bestätigt, daß man sich noch immer mit der Absicht trägt, dem Leipziger Oberbürgermeister Dr. Goerdeler das Reichswirtschaftsministerium anzubieten.

Ein offizielles Angebot ist bis jetzt aber Dr. Goerdeler noch nicht unterbreitet worden.

Danach sieht es so aus, als ob man alle wesentlichen Entscheidungen auf die Zeit nach dem Pfingstfest vertage. Offenbar haben die Vorgänge der letzten Tage auch im Reichskabinett ein gewisses Ruhebedürfnis ausgelöst.